



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl, Florian von Brunn, Ruth Müller, Florian Ritter, Diana Stachowitz** und **Fraktion (SPD)**

Energiewende zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten – Aktionsplan zur Förderung der Bürgerakzeptanz bei Infrastrukturprojekten dringend erforderlich

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich einen Aktionsplan zur Förderung der Bürgerakzeptanz bei Infrastrukturprojekten, die zur Umsetzung der Energiewende erforderlich sind, zu erarbeiten und in enger Kooperation mit den Kommunen umzusetzen.

Dabei soll die Staatsregierung u. a.

- Formen von finanzieller Kommunal- und Bürgerbeteiligung aufzeigen und eine Verbesserung der kommunalen Wertschöpfung unterstützen,
- die Kommunen bei der Aufklärungs- und Informationsarbeit mit Blick auf geplante Infrastrukturprojekte unterstützen,
- etwaige rechtliche Hürden, die eine kommunale Beteiligung erschweren, identifizieren und auf ihre Anpassung hinwirken.

Begründung:

Um die nationalen Klimaziele zu erreichen, ist eine rasche Energiewende essenziell. In wichtigen Bereichen muss jedoch – gerade auch in Bayern – eine (bewusste) Verzögerung wichtiger Infrastrukturprojekte konstatiert werden. 2019 wurden in Bayern gerade mal sechs neue Windkraftanlagen gebaut. Gleichzeitig ist die rechtzeitige Anpassung der Netzinfrastruktur auf Erneuerbare Energien zeitlich gefährdet. Mit der Abschaltung des Atomkraftwerks Isar 2 Ende 2022 stellt sich, bei der derzeitigen Geschwindigkeit des Trassenausbau, auch die Frage der Versorgungssicherheit (durch Erneuerbaren Energien). Die Zeit drängt. Gleichzeitig ist klar: Die Energiewende kann nur zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Oftmals stoßen notwendige Infrastrukturprojekte jedoch auf den Widerstand der betroffenen Bevölkerung, die eine Verschlechterung der örtlichen Lebensverhältnisse befürchtet. In der Konsequenz können Infrastrukturprojekte zum Teil entweder gar nicht oder nur sehr verzögert realisiert werden. Dies beinhaltet Risiken mit Blick auf das Erreichen der bundesweiten Klimaziele sowie die Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Bayern. Die Regierungsparteien sind daher aufgefordert, schnellstmöglich Lösungen zu entwickeln, die auf die Aufklärung der Bevölkerung und einen fairen Ausgleich derselben abzielen und nicht vornehmlich auf Vermeidung setzen (Stichwort 10 H-Regelung, Trassenausbau). Anstatt immer wieder Ängste in der Bevölkerung zu schüren, sollte sich die Staatsregierung endlich darauf konzentrieren, Lösungsansätze zu entwickeln, um die Energiewende gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen.